



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSSTELLE DER UNIVERSITÄT
OLDENBURG · 29 OLDENBURG · POSTFACH 943 · TEL.: 51064 · REDAKTION:
GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), KARIN WOLF,
MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG
DES VERFASSERS WIEDER · NACHDRUCK - AUCH NUR AUSZUGSWEISE -
NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION ·
(DER GRÜNDUNGSAUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN
EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN
CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT).

6. Mai

12/76

Krüger kandidiert erneut

Professor Dr. Rainer Krüger, Rektor der Universität Oldenburg, steht auch für die kommende Amtsperiode als Kandidat zur Verfügung. Wie der Vorsitzende des Rektorwahlausschusses, Professor Dr. Srockhoff, dazu mitteilte, sei dem Ausschuß Krüger als einziger Kandidat vorgeschlagen worden. Auch für die Wahl des stellvertretenden Rektors steht dem Konzil nur ein Kandidat zur Verfügung:

Der Pädagoge Professor Dr. Friedrich Busch. Wie Srockhoff weiter dazu mitteilte, bestehne nach Abschluß der vom Rektorwahlausschuß gesetzten Frist am vergangenen Dienstag keine Möglichkeit mehr, einen neuen Kandidaten vorzuschlagen, es sei denn, Krüger und Busch würden nicht vom Konzil am 19. Mai akzeptiert. Die Wahlperiode beginnt am 1. Oktober und endet am 30. September 1978.

Letzter Bewerbungs-termin 4. Juni

Der Protest der Universität gegen die Einstellungspraxis des Ministeriums für die Lehramtsbewerber zum 1. August hat offensichtlich gefruchtet (s. uni-info 11/76). Nach Mitteilung des Prüfungsamtes werden sich nun auch diejenigen Prüfungskandidaten, die erst nach dem 10. Mai ihr Examen ablegen, noch um eine Stelle zum 1. August bewerben können. Letzter Termin soll dafür der 4. Juni sein. Wie der Leiter des Prüfungsamtes, Herbert Hasler, dazu mitteilte, sei er vom Kultusministerium ermächtigt worden, im Einverständnis mit den Kandidaten alle Prüfungstermine, die nach dem 4. Juni liegen, vorzuverlegen. In einem Schreiben hat er die betroffenen Kandidaten aufgefordert, ihm bis zum 7. Mai zu informieren, ob sie mit einer Vorverlegung ihrer Prüfung einverstanden sind. Ob damit allerdings gesichert ist, daß alle Bewerber eine Stelle zum 1. August bekommen, bleibt fraglich. Wie Hasler auf Anfrage der Pressestelle mitteilte, soll lediglich ein Sechstel der zur Verfügung stehenden Stellen für diejenigen Bewerber bereitgestellt werden, die nach dem 10. Mai ihr Examen ablegen. Im übrigen hat das Kultusministerium sich zu dieser Maßnahme entschlossen, da es bei der Durchsetzung seiner anderen Regelung, nämlich nach dem 10. Mai keine Bewerber mehr zuzulassen, eine Welle von Verwaltungsgerichtsprozessen wegen Ungleichbehandlung befürchtete.

Ausbaustop

Universität verstärkt Öffentlichkeitsarbeit

Der Senat hat auf seiner gestrigen Sitzung einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, der sich mit den Folgen der von der Landesregierung beschlossenen katastrophalen Verringerung der Investitionen für den Hochschulausbau um zwei Drittel befassen soll. Wie bereits in einem in der vergangenen Woche herausgegebenen "uni-info extra" berichtet, werden in den nächsten Jahren anstelle von etwa 1,65 Milliarden Mark voraussichtlich nur 550 Millionen Mark, von denen 50 Prozent der Bund trägt, in Niedersachsen zur Verfügung stehen.

Dies bedeutet für die Universität Oldenburg, daß sie nur einen Bruchteil der für ihre Existenz notwendigen Investitionen von etwa 360 Millionen Mark, wie sie von der inzwischen abgelösten Landesregierung zum Aufbau der Hochschule vorgesehen waren, rechnen kann. Auf dem Spiel stehen die absolut notwendigen Investitionen für eine Zentralbibliothek, eine Zentralmensa, Schaffung neuer naturwissenschaftlicher Studienplätze und für die längst geplanten Sportanlagen. (In den nächsten uni-infos werden die jeweils unmittelbar betroffenen Einrichtungen aufzeigen, wenn sich das Minderheitskabinett Albrecht mit seinen Plänen durchsetzen sollte.)

Einig war sich der Senat gestern auch darüber, daß die Informationsarbeit in dieser Frage verstärkt werden müsse, um der Bevölkerung klarzumachen, daß sie von diesen Maßnahmen ebenfalls betroffen ist - besonders in dem struktur-

schwachen Nordwestraum. Denn werden die Pläne der jetzigen Regierung verwirklicht, sind 2000 Arbeitsplätze bedroht, dabei nicht einmal jene gerechnet, die durch die Bauarbeiten erhalten bzw. neu geschaffen würden.

Rektor Professor Dr. Rainer Krüger berichtete dazu, daß er bereits zahlreiche Institutionen - darunter die Stadt Oldenburg, die Gewerkschaften, die Industrie und Handelskammer sowie die Parteien mit ihren Bundes- und Landtagsabgeordneten - angeschrieben habe, um durch intensive Informationsarbeit eine breite Mobilisierung für die Belange der Hochschule, die für die Infrastruktur dieses Raumes von so großer Bedeutung sei, zu erreichen. Ein erster Schritt wurde bereits getan: Auf der Veranstaltung zum 1. Mai des DGB trug Krüger vor 2000 Besuchern die Probleme der Hochschule vor - und stieß auf Verständnis. Demnächst werden Krüger und der Rektor der ebenfalls betroffenen

Universität Osnabrück, Professor Dr. Horstmann, vor der Landespressekonferenz in Hannover Stellung beziehen - mit dem Ziel, die sich anbahrende Katastrophe über den regionalen Rahmen hinweg in die Öffentlichkeit zu tragen.

Nach Auffassung des Senats sollte die Hochschule auch durch eigene Veranstaltungen die Misere aufzeigen. Höhepunkt einer solchen Kampagne: der Tag der offenen Tür am 12. Juni.

Kooperation macht Schule

Mit Nachdruck hat der Stellvertretende Landesvorsitzende des DGB Niedersachsen, Wolfgang Schultze, am vergangenen Dienstag in Oldenburg die Zusammenarbeit der Gewerkschaft mit der Universität Oldenburg bestätigt. Auf einer Pressekonferenz anlässlich der nunmehr einjährigen Kooperation der beiden Institutionen sagte Schultze, die Befürchtungen der Gegner des Kooperationsvertrages, dessen Abschluß auf heftige Kritik der CDU gestoßen war, seien ad absurdum geführt. Zwar bestehe eine vertrauliche Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Gewerkschaft, von einer politischen Übernahme könne jedoch nicht die Rede sein. Der Wirbel, der seinerzeit um den ersten zwischen dem DGB und einer Hochschule in der Bundesrepublik abgeschlossenen Vertrag initiiert worden sei, habe lediglich andere Universitäten darin bestätigt, mit Gewerkschaf-ten zu kooperieren.

Den zunehmenden Wunsch von Hochschulen, mit dem DGB zu kooperieren, führte Schultze darauf zurück, daß Hochschulen allmählich die Möglichkeiten einer solchen Zusammenarbeit erkennen. Beide Seiten profitierten davon. Die Wissenschaftler, die zwecks Forschung durch die Gewerkschaften einen besseren Zugang zu den Betrieben bekämen, die Gewerkschaften, für die die Forschungsergebnisse über die Arbeitsbedingungen von großer Bedeutung sein könnten. Die konkrete Zusammenarbeit zwischen Universität Oldenburg und dem DGB lag in den vergangenen zwölf Monaten vornehmlich im Bildungsbereich. Fortgesetzt wurden die schon vor Jahren betriebenen Betriebsräteschulungen. Dazu hat die Universität einen Grundbaustein für die Ausbildung nebenberuflicher Referenten und Arbeitskreisleiter bei Arbeit und Leben e.V. entwickelt sowie einen Kurs für ältere Arbeitnehmer erprobt. Der Bildungsbe-reich, heißt es in einer Presseerklä- rung dazu, werde auch im nächsten Jahr Schwerpunkt der Zusammenarbeit sein.

Im Bereich der Forschung, so erklärte der bisherige Vorsitzende des Kooperationsausschusses, Dr. Jürgen Weißbach (Universität Oldenburg), der heute turnusgemäß durch den DGB-Vor- steller Günter Altmann (Hannover) ersetzt wurde, seien bisher nur Ansätze der Kooperation festzustellen. Die die Gewerkschaften interessierenden Lehr- und Forschungsprojekte: Entwicklungsräum Ostfriesland, die Untersuchung zur Arbeitsplatz- und Arbeitsmarktstruktur im Weser-Ems-Gebiet, Humanisierung der Arbeitswelt und Lärmschutz.

Finanzielle Unterstützung hat die Ge- werkschaft bisher lediglich einer Gruppe in der Hochschule gewährt, die sich mit dem politischen Wirken Carl von Ossietzkys auseinandersetzen will, um nicht zuletzt auch in der Öffentlichkeit einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion um die Namensgebung der Universität zu leisten. Geplant ist weiterhin, die Kooperation zwischen Universität und Gewerkschaft auf eine breite Basis zu stellen. Dazu soll auch eine Veranstaltung dienen, die sich vornehmlich an Gewerkschaftler im Nord-

Diffamierung

Das Konzil hat auf seiner letzten Sitzung die Praktiken bei der Auswahl der Mieter des von der CDU-nahen Hermann-Ehlers-Stiftung eingerichteten Wohnheimes in Oldenburg energisch verurteilt. In einer mit nur einer Stimmenthaltung angenommenen Resolution heißt es, die faktische Übernahme verfassungswidriger Gesinnungsschnüffelei durch solche parteipolitischen Institutionen stelle eine weitere Eskalation im Abbau freiheitlicher Grundrechte in der Bundesrepublik dar. Wie bereits berichtet, hatte der Kurator des Wohnheimes in einem Pressegespräch geäußert, daß in dem mit öffentlichen Mitteln erbauten Gebäude keine Marxisten und andere Radikale unterkommen würden. Zur Überprüfung werde eine Anhörungskommission eingerichtet. Dazu das Konzil in seiner Begründung zur Resolution: "Diese Praxis reiht sich ein in die politische Diffamierung und Reglementierung durch die verfassungsfeindlichen Anhörungen und Berufsverbote und richtet sich eindeutig gegen die demokratischen Kräfte in den Hochschulen".

Herbart-Tage 1976

Wie bereits berichtet, finden zwischen dem 4. Mai und 12. Juni die von der Universität Oldenburg in Zusammenarbeit mit der Stadt und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft veranstalteten Oldenburger Herbart-Tage zum 200. Geburtstag des Philosophen, Psychologen und Pädagogen statt. Herbart, gebürtiger Oldenburger und Kant-Nachfolger auf dem Lehrstuhl für Philosophie an der Universität Königsberg, galt für Jahrzehnte als Wegbereiter der allgemeinen pädagogischen Systematik und der Lehre vom Unterricht. Im Rahmen der Herbart-Tage wird eine von dem wissenschaftlichen Assistenten, Klaus Klatenhoff, zusammengestellte Ausstellung von Dokumenten über Herbart und zur Geschichte des Oldenburger Schulwesens im Stadtmuseum zwischen dem 4. Mai und 13. Juni gezeigt. Ebenso wie die Ausstellung werden auch die anderen Veranstaltungen (acht Vorträge und eine Podiumsdiskussion) im Stadtmuseum stattfinden.

Vortragsprogramm

- 4. Mai Festvortrag - J.F. Herbart - Pädagoge in den Widersprüchen seiner Zeit (Prof. Raapke)
- 6. Mai Die Herbart-Kritik im imperialistischen Deutschland. Zur Rezeption und Funktion einer herrschaftlichen Erziehungstheorie (Prof. Pippert, Marburg)
- 11. Mai Herbarts Persönlichkeit mit besonderer Berücksichtigung ihrer Beziehungen zu Oldenburg (Prof. Asmus, Gießen)
- 18. Mai Herbart als Schultheoretiker. Zur Bedeutung seiner Konzeption eines 'erziehenden Unterrichts' für eine Entschulung der Schule (Prof. Benner, Münster)
- 25. Mai Systemtechnik und pädagogisches Denken bei J.F. Herbart (Prof. Blaß, Köln)
- 1. Juni Herbarts Lehre vom erziehenden Unterricht (Prof. Geißler, Bonn)
- 10. Juni Psychologie zwischen Ideologie und Wissenschaft bei J. F. Herbart (Prof. Romano, Mailand)
- 11. Juni Herbart und die internationale Herbart-Rezeption (Prof. Bellerate, Rom)
- 12. Juni J. F. Herbart - Folgen und Folgenlosigkeit? Podiumsdiskussion mit den Prof. Bellerate, Benner, Raapke, Romano (Leitung Prof. Busch)

WiHi-Frage

Studenten und Personal einig

Auf der zur Frage der Halbierung der Hilfskraftstellen einberufenen Vollversammlung der Verfaßten Studentenschaft und der Tutoren wurde am Dienstag vergangener Woche eine vom ASTA der Universität Oldenburg eingebrachte Resolution bei einigen Enthaltungen angenommen.

Darin werden die jüngsten Maßnahmen der neuen Landesregierung scharf verurteilt, die als "Eingriff in die inhaltliche und organisatorische Arbeit der Universität" gesehen werden. Der Sperrerlaß der Regierung, der zur Folge hat, daß ab Juli 1976 keine Wissenschaftlichen Hilfskräfte (WiHi) und Tutoren mehr zur Verfügung stehen, und der somit das Funktionieren des Hochschulbetriebs infrage stellt, wird in den Zusammenhang mit weiteren, insbesondere das Projektstudium und die einphasige Lehrerausbildung gefährdeten Maßnahmen gestellt: Verschleppung der Ernennung von zugesagten Kontaktlehrern, Stellenstopp und Ausbaustopp. Die Vollversammlung solidarisierte sich, in ihrer Haltung unterstützt und bestärkt vom Rektor der Universität, mit dem Warnstreik der Hilfskräfte und schloß sich dem bereits von der Tutorenversammlung sowie vom

Senat aufgestellten Forderungskatalog an (vgl. uni-info 9/76). Die materielle und personelle Misere der Universität Oldenburg stand auch im Mittelpunkt einer zur Unterstützung

Tag der offenen Tür

Wie bereits berichtet, wird die Universität Oldenburg am 12. Juni ihren zweiten Tag der offenen Tür veranstalten. Ihre Teilnahme daran haben bisher sämtliche Zentralen Einrichtungen und mehrere Projekte zugesagt. Ebenfalls wurden, allerdings in nur sehr geringem Umfang, einige Hochschullehrer gewonnen, die fachspezifische Vorträge halten bzw. Veranstaltungen anbieten, die zu aktuellen Problemen Stellung nehmen. Um auch denjenigen, die den letzten Meldetermin (29.4.76) versäumt haben, noch eine Beteiligungsmöglichkeit zu geben, hat die Pressestelle, die mit der zentralen Organisation beauftragt ist, die Meldefrist um eine Woche verlängert (7. Mai 1976).

Diejenigen Fächer, Projekte usw., die bereits ihre Teilnahme fest zugesagt haben, werden in Kürze einen Fragebogen zugeschickt bekommen, auf dem sie u.a. ihren Bedarf an Dienstleistungen durch die Zentralen Einrichtungen anmelden müssen. Dies gilt auch evtl. für die Anfertigung von Schaubildern (Großfotos, Vergrößerungen von Statistiken usw.), die in der ZETWA angefertigt werden.

Sommerfest

Wie im letzten Jahr wird die Universität auch 1976 wiederum ein großes Fest veranstalten, das jedoch erst eine Woche nach dem Tag der offenen Tür, nämlich am Freitag, den 18. Juni 1976, stattfinden wird. Um das letzte Jahrzehnt zu vermeiden, wird der Platz für das "Sommerfest" erheblich erweitert. So soll der große Innenhof zwischen dem G- und dem D-Trakt und der gesamten G-Trakt selbst mit einbezogen werden. Engagiert wurden inzwischen für das Sommerfest vier Kapellen; darunter eine konventionelle Tanzkapelle, eine Rock- und eine Jazz-Band. Letztere wird in einem Festzelt spielen, das zwischen dem G- und D-Trakt aufgebaut wird. Der Eintritt soll im Vorverkauf 4,- DM, an der Abendkasse 5,- DM betragen.

Kontaktehrer

Nur 17 kamen durch

Das Konzil hat in einem Beschuß das Zentrum für pädagogische Berufspraxis (ZpB) und die Gemeinsame Kommission für Lehrerbildung (GKL) aufgefordert, die Begründung und Folgen der von der Schulbehörde praktizierten rigiden Anwendung von Auswahlkriterien für Kontaktehrer zu untersuchen und inner- und außeruniversitär zu veröffentlichen. Das Konzil sah sich zu diesem Beschuß genötigt, weil beim ersten Auswahlverfahren von über 80 Bewerbern um eine Stelle als Kontaktehrer nur 14 zum 1. August 76 und drei zum 1. Februar 1977 akzeptiert worden sind. Bei 24 Bewerbern wurde die Entscheidung auf das zweite Auswahlverfahren verlagert. Dazu stellte das Konzil fest, daß bei einer so geringen Zuweisungsquote von neuen Kontaktehrern, wie sie sich jetzt abzeichnete, das Reformmodell der einphasigen Lehrerausbildung massiv gefährdet sei.

Wie bereits berichtet, hatte das Kultusministerium in einem Erlaß der Universität 185 Kontaktehrerstellen zu gewiesen, die das Reformmodell ab-

sichern sollen. Die Kontaktehrer, deren Tätigkeit im Rahmen der ELAB mit neuem bzw. zehn Freistunden vergütet wird, werden aufgrund ihrer Bewerbung von der Schulbehörde ausgesucht. Der dadurch entstandene Unterrichtsausfall ist von der Landesregierung durch eine Sonderzuweisung von insgesamt 45 vollen Lehrerstellen für die betroffenen Bezirke ausgeglichen worden.

Campenhausen kommt

Gewehrt hat sich der Senat gegen Pläne des Wissenschaftsministeriums, beim offiziellen Besuch des Staatssekretärs Professor Dr. Feiherr von Campenhausen am 26. Mai keine allgemeine Öffentlichkeit zuzulassen. Viel mehr, so der Senat, sollte sich auch Campenhausen, wie bisher alle Minister und Staatssekretäre, im Rahmen einer öffentlichen Senatssitzung den Fragen der Hochschulangehörigen stellen. Campenhausen wollte lediglich in einer nichtöffentlichen Sitzung mit den Senatsmitgliedern sprechen.

Ausbildung gefährdet

16 Mathematikstudenten im zweiten Studienabschnitt des Projekts "Schülerbezogener Projektunterricht" (SPASC) müssen ihre Ausbildung unterbrechen, falls dem Projekt nicht weitere drei Kontaktehrer zugewiesen werden. Wie das Projekt mitteilt, müssen 31 Studenten das Unterrichtsvorhaben im Fach Mathematik durchführen, ein anderes Projekt steht nicht zur Verfügung. Da zur Zeit nur drei Kontaktehrer zur Verfügung stehen, die maximal 15 Studenten versorgen können, ist die Ausbildung der übrigen 16 (über 50%) gefährdet.

Weitere Verschärfung der Berufsverbotspraxis

Weil er an zwei Mitgliederversammlungen der DKP teilgenommen hat, mußte sich der Oldenburger Lehramtsanwärter Moritz Hermann, Mitglied der SPD und ehemaliger Bundesschulungsleiter des SHB, einer Anhörung unterziehen. In einem Schreiben hatte ihm das Innenministerium mitgeteilt, daß diese Aktivitäten Zweifel an seinem jederzeitigen Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung zuließen. Moritz Hermann gehört zu den sechs Mitgliedern des SHB, die sich zunächst zum 1. Februar erfolgreich als Lehrer z.A. beworben hatten, dann aber aufgrund ihrer politischen Aktivitäten ihre Arbeit nicht aufnehmen durften. Drei von ihnen sind mit Verzögerungen bis zu zweieinhalb Monaten inzwischen eingestellt worden.

Auch drei Mitglieder des MSB Spartakus und eine unorganisierte Lehrerin, die lediglich einmal auf der Liste des MSB zum StuPa kandidierte, warten noch immer auf ihre Einstellung, die eigentlich zum 1. Februar vorgesehen war. Eine Vorladung zu einem Anhörungstermin flatterte ihnen bisher noch nicht ins Haus.

Die Nichteinstellungen der Bewerber haben zum Teil in den Kollegien, in deren Schulen die Betroffenen ihre Arbeit aufnehmen sollten, erheblichen Widerstand ausgelöst. So verabschiedete zum Beispiel die Gesamtschule in Hannover-Linden für den Oldenburger Lehramtsbewerber Aart Pabst eine Resolution, in der dessen sofortige Einstellung verlangt wurde. Aart Pabst hat inzwischen die Befürchtung geäußert, daß das Ministerium offensichtlich die Taktik verfolge, sein Verfahren bis zum 1. August zu verzögern, um ihn dann als Angestellten zu beschäftigen. Dagegen habe er bereits juristische Schritte eingeleitet. Tatsächlich spricht gegen eine solche Verfahrensweise des Ministeriums ein von ihm selbst verfaßter Erlass, der bestimmt, daß Stellen, die nicht durch verschulden des Bewerbers verzögert besetzt werden, freigehalten werden müssen. Auf diesen Erlass machte auch der niedersächsische Landesvorsitzende der GEW, Dr. Dieter Gallas, in einer Presseerklärung aufmerksam, in der er der Landesregierung vorwarf, die Praxis mit dem Radikalen-Erlass zu verschärfen. Es sei ein unglaublicher Vorgang, so Gallas, daß Bewerber, die die Maschinerie der politischen Gesinnungsüberprüfung durchlaufen mußten, selbst dann mit beruflichen, sozialen und finanziellen Nachteilen zu rechnen hätten, wenn die Überprüfung ein für den Bewerber positives Ergebnis gebracht hätte.

Als besonders bedenklich bezeichnete der Rektor der Universität, Professor Dr. Rainer Krüger, die Tatsache, daß von der Berufsverbotspraxis besonders diejenigen betroffen seien, die durch ihre aktive Gremienarbeit am Aufbau der Universität mitgearbeitet haben. Eine solche Praxis müsse immer mehr Studenten davon abhalten, sich hochschulpolitisch zu betätigen, und führe insgesamt zu einer Entpolitisierung, deren Folgen noch nicht abzusehen seien.

Insgesamt sind bisher neun ehemalige Oldenburger Studenten vom Berufsverbot betroffen. gh

Letzte Meldung

Ein erster Erfolg der Proteste gegen die geschilderte Praxis ist zu verzeichnen: Wie das Ministerium am Mittwoch mitteilte, sollen alle, deren Verfahren bis zum 1.8. abgeschlossen sind, noch als Lehrer z.A. und nicht nur als Angestellte eingestellt werden.

Matthöfer - Besuch

Am 24. Mai wird der Bundesminister für Forschung und Technologie, Hans Matthöfer, das Regionale Rechenzentrum Oldenburg/Osnabrück in der Universität Oldenburg offiziell im Rahmen einer Einweihungsveranstaltung, an der auch der Staatssekretär des Wissenschaftsministers, Professor Dr. von Campenhausen, und voraussichtlich die Oberbürgermeister von Oldenburg und Osnabrück, Mandatssträger der Parteien sowie Repräsentanten der Wirtschaft und der Gewerkschaften teilnehmen werden, seiner Bestimmung offiziell übergeben. An das Regionale Rechenzentrum, dessen erste Ausbaustufe mit einem Kostenaufwand von fast 9 Millionen DM gebaut wurde, sind auch die Fachhochschulen angegliedert. Der Großrechner für die Anlage wurde im AVZ der Universität Oldenburg installiert.

Schlechte Erfahrung

Schlechte Erfahrungen haben ein Hochschullehrer und Studenten mit ihrer Hilfsbereitschaft gemacht. Um den Bewerbern um eine Lehrerstelle zum 1. August das stundenlange Stehen vor den Stellwänden im A-Trakt der Universität zu ersparen, hatten sie die Stellenlisten in mehreren Exemplaren fotokopiert und sie an mehreren Stellen im Hause ausgelegt. Es dauerte nur zwei Tage, da waren sie verschwunden. Lehramtsbewerber hatten sie mitgehen lassen, um zuhause in Ruhe die für sie möglichen Stellen auszusuchen. Sie brachten sie nicht wieder zurück.

Personalien / Personalnotizen

DR. BERND EIFRIG ist mit der Verwaltung der Stelle eines Wissenschaftlichen Rats und Professors für das Fach "Mathematische Stochastik mit dem Schwerpunkt stochastiche Prozesse" beauftragt worden.

*

PROFESSOR DR. SHAPOUR RAVASANI wird am 10. Juni auf Einladung des Fachbereichs Philosophie und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin einen Vortrag zum Thema "Neueste ökonomische Entwicklungen im Iran" halten.

Veranstaltungs- und Terminkalender

Am 6. und 7. Mai 1976 findet in der Universität Oldenburg eine Konferenz der für die Studiengänge Architektur und Raumplanung zuständigen Dekane und Abteilungsleiter der bundesrepublikanischen Hochschulen statt. Auf der Tagesordnung stehen u.a. der Entwurf einer Rahmenprüfungsordnung und die Zusammenarbeit mit Berufsverbänden und anderen Institutionen.

*

Mittwoch, 12.5.76, 8-16 Uhr, AVZ 5 - 443. Anhörungen für die A-13-Stelle "Pädagogik mit dem Schwerpunkt Sonderpädagogik".

*

Mittwoch, 12.5.76, 20 Uhr, Aula. Kino für den Fortschritt "Trotz alledem". Film mit Horst Schulze. Veranstalter: ASTA.

*

Mittwoch, 19.5.76, 20 Uhr, Aula. Kino für den Fortschritt "Spanien". Regie: Peter Nestler. Veranstalter: ASTA.

*

Dienstag, 11.5.76, 16 Uhr, AVZ 3 203 Kurs "Einführung in das Betriebssystem und die Kommandosprache der TR 440". Der Kurs findet jeweils dienstags und mittwochs in der Zeit von 16 - 18 Uhr statt und umfaßt sechs Doppelstunden. Teilnehmerkreis: Alle, die beabsichtigen, mit dem TR 440 zu rechnen. Ab sofort wird vom Rechenzentrum eine Benutzerberatung durchgeführt. Ort und Zeit: AVZ 4 - 361 (Sichtgeräteraum), Montag bis Freitag, 10.00 - 12.00 Uhr und 14.00 - 16.00 Uhr.

*

Mittwoch, jeweils 17.30 Uhr, VG 301 findet das im Vorlesungsverzeichnis angekündigte hochschuldidaktische Kolloquium "Lehren und Lernen in der Hochschule" statt.